



# **Freie Hansestadt Bremen**

**"Gemeinsam für eine starke  
und lebendige Demokratie"**

**Rede des Präsidenten des Senats,  
Bürgermeister Dr. Carsten Sieling,  
anlässlich des  
Neujahrsempfangs des Senats  
am 16. Januar 2019**



Sehr geehrte Präsidenten, sehr geehrte Abgeordnete,  
liebe Mitglieder und ehemaligen Mitglieder des Senats,  
sehr geehrte Vertreter von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven,  
sehr geehrte Repräsentanten der Gemeinden, Städte und Landkreise unserer Nachbarschaft,  
sehr verehrte Mitglieder des Konsularkorps aus Bremen, Hamburg und Hannover,  
sehr geehrte Repräsentanten aus der Wirtschaft und der Wissenschaft, aus der Kultur und den  
Religionsgemeinschaften,  
meine Damen und Herren, seien Sie alle herzlich willkommen zu unserem Neujahrsempfang.

Ganz besonders begrüßen möchte ich unseren heutigen Festredner Jan Metzger, den Intendanten  
von Radio Bremen. Sie werden, sehr geehrter Herr Metzger, heute zu uns sprechen über den Einfluss  
und auch die Verantwortung der sogenannten „vierten Gewalt“ auf und für unsere Demokratie.

Ein wichtiges Thema in diesem Jahr sind die Wahlen in Europa und Bremen. Gleichzeitig wird in  
diesem Jahr das Radio-Bremen-Gesetz unseres Landes 70 Jahre alt – und damit auch das Fundament  
für Ihren Sender, Herr Intendant. Vielen Dank, dass Sie heute die Festrede auf unserem Empfang  
halten.

Ihnen allen, die Sie heute hier in unserem Rathaus versammelt sind, wünsche ich für das Jahr 2019  
alles Gute, Gesundheit, Zufriedenheit und Wohlergehen und uns allen Frieden und die notwendige  
Kraft für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
am Montagmorgen hat uns die traurige Nachricht erreicht, dass unser Freund, der Bürgermeister und  
Stadtpräsident von Danzig, Pawel Adamowicz, Opfer eines Attentats geworden ist. Er hat den Angriff  
nicht überlebt.

Pawel Adamowicz stand für ein weltoffenes und liberales Polen. Für ein Europa der  
Völkerverständigung, für eine offene und tolerante Gesellschaft.

Er ist Bremen immer freundschaftlich verbunden gewesen. Zuletzt war er anlässlich der 40-Jahr-Feier  
unserer Städtepartnerschaft hier bei uns zu Gast. Viele Bremerinnen und Bremer kannten ihn.  
Wir alle trauern um diesen wunderbaren Menschen, den aufrichtigen Politiker, engagierten  
Demokraten und Freund unserer Freien Hansestadt. Er war für viele Menschen in seinem Heimatland  
ein Hoffnungsträger.

Meine Damen und Herren,  
bitte erheben Sie sich, um Pawel Adamowicz zu gedenken.

Meine Damen und Herren,  
ich möchte heute, wenn ich auf das vor uns liegende Jahr blicke, weniger über die vielen guten und  
erfolgversprechenden Entwicklungen unseres Bundeslandes sprechen, sondern gerade auch die  
Herausforderungen ansprechen, vor denen wir hier in Bremen und Bremerhaven, aber auch national  
und global stehen.

Es gibt viele Gründe zu Hoffnung und Zuversicht, aber eben auch zu Besorgnis.  
Und ich möchte Sie alle einladen, noch mehr als bisher dabei mitzuwirken, dass unsere Gesellschaft  
zusammensteht und unsere Demokratie lebendig und stark bleibt.



Wir haben uns hier in einem Raum versammelt, der nicht nur von außerordentlicher Schönheit ist und zu Recht zum Kulturerbe der Menschheit gehört. Es ist auch ein Raum, der Geschichte erlebt hat und der Geschichten erzählt.

Von daher passt es gut, wenn ich heute auf zwei historische Ereignisse hinweise, die uns Orientierung geben und uns ermutigen. Vor 100 Jahren, als Folge der November-Revolution von 1918, entstand die erste Demokratie in Deutschland. Im Januar 1919 wurde innerhalb von wenigen Wochen die Weimarer Verfassung erarbeitet. Sie wurde die Grundlage für die damals fortschrittlichste Demokratie weltweit. Und am 23. Mai dieses Jahres werden wir den 70. Geburtstag unseres Grundgesetzes feiern.

Wenn immer wieder gesagt wird, dass wir unsere Verfassung den Siegermächten verdanken, dass sie uns geschenkt wurde, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Durchaus mit Stolz dürfen wir ergänzen: Unser Grundgesetz ist kein Fremdkörper, sondern das Kind einer vorangegangenen Demokratie.

Fast alle Prinzipien des Grundgesetzes gründen auf der Weimarer Reichsverfassung:

- das allgemeine und freie Wahlrecht,
- die Garantie der Grundrechte,
- das Prinzip der repräsentativen Demokratie,
- das Sozialstaatsprinzip,
- die Trennung von Staat und Kirche,
- die föderative Staatsordnung.

Und vor wenigen Wochen haben wir den 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts gefeiert.

Das mutige Engagement der Demokratinnen und Demokraten der ersten Stunde können wir gar nicht hoch genug wertschätzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
mutiges Engagement für unsere Demokratie ist auch heute immer wieder gefragt.

Überall in Europa erhalten rechte und rechtsextreme Parteien Zulauf, indem sie sich offen gegen eine freie und pluralistische Gesellschaft stellen und unverhohlen gegen Andersdenkende und Fremde Stimmung machen. Sie bekämpfen die Unabhängigkeit der Medien und der Gerichte. Sie versuchen, die Zivilgesellschaft einzuschüchtern.

Unsicherheit, Angst und Wut zerreißen alle europäischen Gesellschaften. Und in den sozialen Medien wird Tag für Tag eine Hetze betrieben, die nur schwer zu ertragen ist.

Das gilt in jede Richtung. Ich sage ganz ausdrücklich: Gewalt ist niemals zu akzeptieren oder zu tolerieren und darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Gegen niemanden und gegen keine Meinung.

Meine Damen und Herren,  
die Europäische Union steckt wohl in der tiefsten und gefährlichsten Krise seit ihrer Gründung. Der Zusammenhalt Europas ist gefährdet. Das wird nicht nur im Reden und Tun europäischer Regierungen wie in Ungarn, Italien oder Polen deutlich.

Auch der Beschluss Großbritanniens im Juni 2016, die Europäische Union zu verlassen, beschädigt nicht nur Großbritannien selbst, sondern ganz Europa. Wirtschaftlich und politisch, sozial und kulturell.



Wir Europäer dürfen den Dialog mit der britischen Regierung nicht abreißen lassen. Auch wenn es Nachverhandlungen über die Inhalte des Brexit-Vertrags nicht geben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
die Gräben der europäischen Politik verlaufen inzwischen nicht mehr zwischen Ost und West oder zwischen Nord und Süd. Sie verlaufen mitten durch die einzelnen Länder. Auch in Deutschland werden sie sichtbar.

Es ist offensichtlich: Die Globalisierung teilt die westlichen Gesellschaften in Gewinner und Verlierer. Der digitale Wandel und die Migration verunsichern viele Menschen. Das Gefühl verbreitet sich, den Geschehnissen hilflos ausgeliefert zu sein.

Dadurch wächst die Gefahr, dass vermeintlich einfache Antworten auf die komplexen Herausforderungen Gehör finden. Hinzu kommt eine Verrohung der Sprache.

Wir wollen die Globalisierung demokratisch gestalten. Und dafür brauchen wir Europa dringender denn je. Nicht nur als Wirtschaftsraum, sondern auch als Sozialmodell.  
Die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich, die Altersarmut, fehlende Lehrkräfte, die Krise in der Pflege, die ökologischen Gefährdungen durch die Folgen des Klimawandels, die notleidenden Gesundheitssysteme – all diese Herausforderungen brauchen nationale **und** europäische Antworten.

Meine Damen und Herren,  
am 26. Mai wird in Bremen nicht nur die neue Bürgerschaft gewählt. Zugleich findet auch die Europawahl statt.

Wir alle hier wünschen uns, dass diese Wahlen Europa stärkt. Denn Europa ist immer noch - trotz aller Krisen - das größte und erfolgreichste Friedensprojekt der Welt.

Seit meiner Jugend hat mich die Idee eines offenen, geeinten und friedlichen Europa begeistert. Für die Mehrheit heute ist dieses Europa aber so selbstverständlich, dass kaum noch bewusst ist, wie schwierig der Weg dorthin war.

Deshalb müssen wir vor allem der Jugend eindringlich vor Augen führen, dass dieses Europa sich entwickelt hat aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts.

Und dass Nationalismus eine schreckliche Vergangenheit zurückholen kann.  
Europa hat der Welt viel zu bieten. Wir haben gezeigt,

- wie man Feindschaft und Missgunst überwinden kann,
- wie anstelle von Kriegen ein fairer Interessenausgleich gelingen kann,
- wie Demokratie, Marktwirtschaft und soziale Verantwortung zusammenfinden können.

Deshalb meine Bitte auch an Sie: Werben Sie für Europa. Europa braucht gerade heute viele Botschafter und Fürsprecher, die für die großartige europäische Idee eintreten.



Meine Damen und Herren,  
die Kernfrage aller Politik heißt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Und daraus leiten sich einige Grundfragen ab:

- Fördern unsere politischen Aktivitäten die Würde des Menschen?
- Gestatten sie allen die Teilhabe an unserer Gesellschaft?
- Unterstützen sie ein Klima des Respekts und der Anerkennung?
- Helfen sie denen, die der Armutsfalle entkommen müssen?
- Stärken sie die Bande der Solidarität unter den Menschen?
- Werden sie den ökologischen Herausforderungen gerecht und der Verantwortung für die kommenden Generationen?

Nur wenn wir auf diese Fragen konkrete Antworten finden, können wir die Demokratie stärken.

Die Zukunft der Demokratie wird auch davon abhängen, inwiefern es gelingt, das Vertrauen in den Staat wieder zu stärken. Dazu gehört ganz entscheidend, dem Sozialstaat eine solide Zukunft zu geben.

Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit, das sind die zentralen Ziele, an denen der Sozialstaat sein Handeln ausrichten muss.

Dass alle Menschen an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen teilhaben können, das leitet mein politisches Handeln und das Handeln des Senats.

Der Sozialstaat der Zukunft muss Sicherheiten und Chancen bieten, muss neue Antworten finden auf neue Herausforderungen.

Wir brauchen einen Sozialstaat, der in unterschiedlichen Lebenslagen passgenau unterstützt und dessen Leistungen einfach zugänglich sind.

Eine der drängendsten Herausforderungen besteht darin, die Kinder in besonderer Weise zu fördern und zu unterstützen. Ich habe deshalb vorgeschlagen, für Kinder und Jugendliche eine eigenständige Grundsicherung zu schaffen.

Ein Drittel der Menschen im sogenannten SGB-II-Bezug, bei dem es um die Grundsicherung für Arbeitssuchende geht, sind Kinder und Jugendliche. Kinder haben aber in der Arbeitslosensicherung nichts zu suchen.

Die soziale Spaltung, die oft schon im Alltag der Kinder sichtbar wird, müssen und können wir überwinden, indem wir alle kinderbezogenen Geldleistungen in einer Grundsicherung zusammenführen.

Darüber sollten wir eine offene und breite gesellschaftliche Diskussion führen – in Deutschland, aber natürlich auch hier bei uns in Bremen. Denn in Bremen und Bremerhaven sind fast 35.000 Kinder und Jugendliche davon betroffen.

Meine Damen und Herren,  
ein Gemeinwesen ist nicht allein dann gut und lebenswert, wenn die Wirtschaft wächst, wenn Wissenschaft und Forschung blühen, wenn der Absatz stimmt und viel konsumiert wird. Ein Gemeinwesen ist doch erst dann wirklich gut, wenn es jedem Einzelnen eine gerechte Chance gibt, in Würde und Freiheit zu leben.



Dazu brauchen wir ein noch engeres Bündnis zwischen Markt und Staat. Wir wissen, was wir der Marktwirtschaft zu verdanken haben. Sie hat nicht nur den Wohlstand von zahllosen Individuen gesteigert, sondern auch den „Reichtum der Völker“. Doch auch die Marktwirtschaft braucht Rahmenbedingungen.

Der Markt ist gut darin, Reichtum zu erschaffen, aber nicht gut darin, ihn zu verteilen. Er ermutigt bestimmte Tugenden, aber andere unterhöhlt er. Und er führt zu sozialen Folgen, die katastrophal sein können.

Moralisch und politisch inakzeptabel ist das Schwinden von Verantwortung und Mäßigung, das Hinnehmen der wachsenden Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern.

Alle - Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft - müssen sich zu ihrer Verantwortung bekennen und fragen, wie die Welt aussehen soll, in der wir leben.

Deshalb bin ich für alle Bemühungen dankbar, die das moralische Fundament der sozialen Marktwirtschaft wieder sichtbar machen. Dabei dürfen wir den vor Jahrzehnten begonnenen Weg der Entstaatlichung in Richtung eines Minimalstaates nicht fortsetzen.

Wir brauchen einen Staat mit ausreichenden Handlungskompetenzen und angemessenen finanziellen Ressourcen. Eine starke Demokratie braucht einen funktionierenden Staat, dem die Bürgerinnen und Bürger vertrauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
Bremen und Bremerhaven können mit Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft blicken:

Wirtschaftlich sind wir die Nummer eins im Norden. Die Arbeitslosigkeit in Bremen und Bremerhaven geht zurück und in den letzten Jahren sind in unseren beiden Städten mehr als 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden.

Auch Wissenschaft und Forschung entwickeln sich sehr gut. Im gesamten Wissenschaftssektor arbeiten rund 21.000 Menschen. In Bremerhaven sind heute schon mehr Menschen in diesem Bereich tätig als auf den Werften.

Im Kitabereich haben wir das größte Ausbauprogramm in unserer Geschichte fortgesetzt und mittlerweile 3.000 neue Plätze geschaffen. Im laufenden Jahr werden noch einmal 800 Plätze hinzukommen. Ab Sommer - diesen politischen Willen hat die Bürgerschaft ausgedrückt - wird der Kitabesuch für die über Dreijährigen beitragsfrei sein.

Und auch im Schulbereich intensivieren wir weiter unsere Anstrengungen. Denn die Herausforderungen, die sich mit steigenden Kinder- und Schülerzahlen, den Anforderungen der Inklusion und der Integration verbinden, sind und bleiben hoch. Ich möchte, dass wir Schritt für Schritt zu den anderen Stadtstaaten aufschließen. Dafür ist es wichtig, dass wir den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen. Der vor kurzem von allen großen Parteien unterzeichnete Schulkonsens ist dafür eine wichtige Voraussetzung.



Meine Damen und Herren,  
die Grundlage für all diese Investitionen in die Zukunft unseres Landes haben wir mit den erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen zum Bund-Länder-Finanzausgleich gelegt. Ab dem kommenden Jahr stehen uns jährlich rund 500 Millionen Euro zusätzlich in unserem Haushalt zur Verfügung. Der Sanierungskurs, mit dem wir unsere Finanzen in Ordnung gebracht haben, war die entscheidende Voraussetzung dafür. Gleichzeitig hat dieser Sanierungskurs unseren Stadtstaat auch spürbar an die Grenzen der Belastbarkeit geführt. Aber die Entscheidung, diesen Weg zu gehen, war richtig.

Ab 2020 werden wir wieder verstärkt in die Zukunft unseres Bundeslandes investieren können und sogar damit beginnen, unsere Schulden abzubauen. Die neuen Gestaltungsspielräume werden wir dafür nutzen, die Stärken unseres Stadtstaates weiter auszubauen.

Dafür brauchen wir Kreativität sowie die Sachkenntnis und das Engagement aller gesellschaftlichen Kräfte in unserem Land. Auch hier ist unser Bundesland mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven gut aufgestellt.

Das haben die Arbeit und die Ergebnisse der Zukunftskommission deutlich gezeigt. Und diese Kommission hat bestätigt: Unser Bundesland hat ein ungeheures Potenzial, das wir nutzen werden.

Meine Damen und Herren,  
ich möchte schließen mit meinen Wünschen zur Bürgerschaftswahl und zur Europawahl am 26. Mai.

Unsere Demokratie lebt davon, dass sich die Menschen einmischen, sich einbringen und engagieren für ihr Gemeinwesen. Die Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens haben immer wieder gezeigt, wie wichtig ihnen die Weltoffenheit unseres Bundeslandes ist. Und sie kämpfen leidenschaftlich für Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität, für Mitmenschlichkeit und Zusammenhalt.

Die Wahlbeteiligung ist in der Vergangenheit auch in Bremen und Bremerhaven zurückgegangen. Das müssen wir ändern. Eine starke Demokratie gibt Raum für eine offene Gesellschaft, in der sich gut und friedlich leben lässt, in der man erfolgreich wirtschaften und arbeiten kann und in der man zusammenhält und aufeinander Acht gibt.

In diesem Sinne bitte ich Sie dabei mitzuhelfen, dass sich am 26. Mai möglichst viele Menschen in Bremen und Bremerhaven an den Europawahlen, der Bürgerschafts- und den Beiratswahlen in Bremen und der Stadtverordnetenwahl in Bremerhaven beteiligen.

Ich freue mich nun auf die Worte unseres Ehrengastes, des Intendanten von Radio Bremen, Herrn Metzger und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.